

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

25 (31.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82464](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82464)

# Odenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Odenburgische Volkszeitung (Vesthaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Fig. Probenummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2) Pfenning für die einfache Zeilzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfenning, für die Reklamezeile 75 Fig. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Ausnahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 25. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. | Deichta, Freitag, 31. Januar 1919. | Druckverlag: i. Oldenburg: W. Varelmann, Kärntnerstraße 51, Fernspr. 1032. | 86. Jahrgang

## Zum Waffenstillstand.

### Die Mittelmächte auf der Friedenskonferenz.

Kopenhagen, 27. Jan. Ein Vertreter der Daily News, der zur Friedenskonferenz einludt war, berichtet seinem Blatt, daß die Vertreter der Mittelmächte wahrscheinlich Ende März oder Anfang April nach Paris berufen werden, falls Deutschland bis dahin die Regierung erhalten habe, die namens des ganzen deutschen Volkes Verpflichtungen auf sich nehmen kann.

TU Amsterdam, 28. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Wilson sollte Ypouer Blättern zufolge im Kammerauschuß mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestage des Französischen Friedens, in Versailles beginnen soll.

Bei den Erörterungen über die Frage der Kriegenschiedsrichtbarkeit bleibt Präsident Wilson einem Ypouer Rundschreiben zufolge fest auf dem Standpunkt bestehen, daß man keineswegs den Erlaß der gesamten Kriegstafeln von Deutschland erwarten dürfte, sondern nur einen Erlaß für tatsächlich erlittene Verluste. Unter diesem Titel fallen weder die für die Heere aufgewendeten Kosten, noch für die Munition und ähnliches. Allen darüber hinausgehenden Forderungen stellt Wilson bestimmten Widerstand entgegen. Er bleibt dabei auf dem Standpunkt, daß die Entschädigungsfrage fest genau erörtert werde.

### Vor dem Friedenspräliminarium?

TU Amsterdam, 29. Jan. Nach einer Pariser Meldung ist man sich in den dortigen politischen Kreisen der großen Bedeutung der letzten Sitzung der Friedenskonferenz bewußt. Man will bestimmt wissen, daß die Präliminarien bereits Mitte oder Ende März beginnen und zur Vorlage an die Parlamente bereit sein sollen. Nach einem Pariser Blatt soll die von Deutschland zu zahlende Kriegsschuldensumme mehrere 100 Millionen Mark betragen.

### Zeugnis für schmächtige Gefangenenbehandlung.

TU Genf, 29. Jan. Deuore veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Chefs des großen Kriegsangelegenheiten bei Cercotte: Wenn der sträfliche Mißbrauch mit den für die Schweine bestimmten Speiseresten nicht aufhört, die man in schlecht verstandenen Mitleid den Deutschen und Oesterreichern zur Verfügung stellt, werde ich mich veranlassen, alle Schweine zu verkaufen, und ihr (französischer Soldaten) mögt dann über mangelhafte Ernährung klagen. Der Tagesbefehl trägt das Datum vom 8. Jan. 1919.

TU Bern, 29. Jan. Die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie auf dem internationalen Sozialkongress, Wittenberg, Hermann Müller und Wels, kündigt dem Kongressbureau die Überreichung einer Denkschrift an, die die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen fordert. Die Konferenz tagt vom 3. bis 10. Februar.

### Die Franzisierung des Saarbeckens stößt auf Schwierigkeiten.

TU Frankfurt/Main, 28. Jan. Die Telegraphen-Union berichtet, in Saarbrücken betonte der Pfarrer de Has in einer seiner Sonntagspredigten, das deutsche Meer sei unbesiegt. In unzähligen Schlächtern habe es keine Überlegenheit bewiesen und habe daher lange den Feind von den Grenzen der Heimat abgehalten. Und wenn auch die Franzosen nicht die Sieger sind, so seien sie doch militärisch der Sieger. Daraufhin wurden dem mutigen Pfarrer von der französischen Besatzung 700 M. Geldstrafe auferlegt. Am folgenden Sonntag predigte der Pfarrer wieder und jagte in seiner Rede:

„Was ich am letzten Sonntag gesagt habe, ist wahr, und ich wiederhole es heute, auch wenn ich daraufhin eingesperrt werde.“ Es ist bis jetzt nicht bekannt geworden, welche Antwort die französische Besatzungsbehörde dem unerfrohenen Pfarrer hat zuteil werden lassen, der die deutsche Art im Saarbecken auch unter französischer Zwangserrschaft zu Ehren bringt.

Genf, 29. Jan. Echo de Paris schreibt, daß die deutschen Wahlen nun auch im Saarbecken stattgefunden haben. Es sei nicht wahr, daß sie unterdrückt worden seien. Doch habe erlaubt, daß in Saarbrücken und in Saarbrücken gewählt werde. Aber nun habe er die Besetzung: die Bevölkerung habe sich gegen Frankreich erklärt. Das müsse man für künftige Fälle im Gedächtnis behalten.

### Die weitere Befehung des rechtsrheinischen Gebietes.

Die Franzosen besetzen das rechtsrheinische Gebiet bis Leopoldshöhe.

### England und Frankreich gegen eine Verwaltung der deutschen Kolonien.

Wie verlautet, ist Wilsons Bestreben, die deutschen Kolonien durch eine Weltmacht verwalten zu lassen, auf entschiedenen Widerspruch Englands und Frankreichs gestoßen.

### Verteilung der deutschen Kolonien.

Bezüglich der deutschen Kolonien sieht die Pariser Konferenz eine Fassung vor, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Beschlüsse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten. Südwestafrika wird an die südafrikanische Union zurückkommen. Die Internationalisierung der deutschen Kolonien ist ausgeschlossen.

Ein wenig anders lautet die Fassung, in der sich das Reuters-Bureau aus Paris die Vereinbarung melden läßt: 1) Keine einzige Kolonie wird an Deutschland zurückgegeben. 2) Die deutschen Kolonien werden vom Völkerbund übernommen; das die Befahrung lehrt, daß die internationale Verwaltung von Grundgebieten sich bis jetzt als eine mangelhafte Institution erwiesen hat, werden die Kolonien von verschiedenen Staaten in vormundschafliche Verwaltung genommen werden.

## Aus Oesterreich-Ungarn.

### Räumung der durch die Tschechen besetzten deutschen Gebiete?

Nach Meldungen der Times treffen aus Westböhmen Nachrichten ein, die auf einen völligen Stimmungsumschwung schließen lassen. Es scheint die allgemeine Meinung zu herrschen, daß die tschechischen Truppen von der Prager Regierung den Befehl erhalten, das besetzte deutsche Gebiet zu räumen. Es verlautet, daß die Räumung der besetzten Gebiete in kürzester Zeit erfolgen werde.

## Frankreich.

### Arbeiterausstände in Paris.

In Paris sind die Straßenbahnen und die Industrie- und Eisenbahnen unter militärischer Verwaltung gestellt worden. Dadurch wurde der Verkehr teilweise wieder hergestellt. Unterdessen haben die Pariser Elektrizitätsarbeiter bestimmte Forderungen aufgestellt und ebenfalls eventuell mit dem Ausstand gedroht. Wie die verspätet eingetroffenen Ypouer Blätter melden, hatten Sonnabend nachmittag sämtliche Arbeiter des Eisenbahnbereiches Paris-Ypouer-Mittelmeerbahn während einer Viertelstunde ihre Tätigkeit eingestellt. Es handelte sich um einen Demonstrationstreif, weil die Direktion der Gesellschaft in Paris es abgelehnt hatte, eine Abordnung von Arbeitern und Angeestellten zu empfangen.

## England.

### Republik Irland?

Die von den Sinnfeinern einbrufene irische Nationalversammlung beschloß die Erziehung einer selbständigen Republik Irland und forderte die Räumung der Insel von Regierungstruppen.

## Deutsches Reich.

### Ein Siedlungsgezet.

WTB Berlin, 30. Jan. (Draht.) Der zorsprechende der Landwirtschaftskammer Halle teilte

mit, daß die Regierung einen Geschenktwurf betr. Siedlung vorbereite. Der Großgrundbesitz solle 10 Proz. freier Fläche abtreten müssen. Ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnern angekauft seien, ferner diejenigen Güter, die während der letzten 20 Jahre mehrfach ihren Besitzer wechselten, ferner schlecht bewirtschaftete Güter und weiser solche, die nicht vom Besitzer selbst bewirtschaftet würden.

### Aus der württemberg. Landesversammlung.

WTB Stuttgart, 30. Jan. (Draht.) Die württembergische Landesversammlung nahm in der gestrigen Sitzung mit 102 gegen 24 Stimmen einen Antrag der Deutschdemokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten an, worin die Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte, beantragt wird, vorläufig die Geschäfte weiter zu führen.

### Das Generalsekretariat der deutschen Zentrumsparlei.

(Berlin, Französischerstr. 62) hat vom 31. Januar ab für die Dauer der Nationalversammlung in Weimar, Altkirchstr. 55, Fernsprecher 901, ein Büro eingerichtet, das durch eigenen Kurier und Telefonbüro in fester Verbindung mit Berlin steht. Durch die sofortige Einweisung eines Vertreters wird es dem Generalsekretariat vorzuschicklich möglich sein, sämtliche Abgeordnete der Partei in Weimar selbst unterzubringen. Es liegt im Interesse der Abgeordneten, dem Büro in Weimar etwaige Wünsche hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse umgehend mitzuteilen.

### Freiheitsbegriffe eines ZP.

Freiheit ist nicht nur ein geschriebenes Wort, sondern ein lebendes Wort, das in der Tat und in der Wirklichkeit an der Ausübung der Gemeindefreiheit über die Rechte der Kirche im freien Deutschland, auch dem Katholiken ein Recht auf die Freiheit man Angst zu machen vor der offenen Verhöhnung der Götzen, welche den Religionsgesellschaften im neuen Reich und seinen Freistaaten drohen. — Am 22. Januar erschienen auf der tschechischen Propaganda zwei Vertreter des ZP, und legten die Verfügung des Zentralrates Hannover an das Landesparlament aus dem hannoverschen Anzeiger vor. Sie verlangen, der Gesellschaft sollte keine Politik auf der Kanzel machen und keine Streifenbriefe verlesen. Der Gesellschaft erklärte, er würde die von der tschechischen Behörde überlieferten Hirtendriefe nach wie vor verlesen und stellte die beiden Vertreter zur Rede, weshalb der ZP. Dubschitz telefonisch Maßnahmen gegen die Gesellschaft und den Magistrat der Stadt von Göttingen bestellt hatte. Sie leugneten diese Tatsache ab. — Im Ernurr der Reichsregierung steht unter 8 19 „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Keine Gewissensfreiheit, wenn die lutherischen und tschechischen Geistlichen in Preußen und Deutschland ihre Gewissenspflicht in der Befehung der Gläubigen über die Bedrohung der Kirche durch den Sozialismus nicht nachkommen dürfen.

### Aus der Reichsregierung.

WTB Berlin, 30. Jan. (Draht.) Die Mitglieder der Reichsregierung beschäftigten sich gestern mit einer Reihe von Fragen, u. a. der Vorbereitung der Nationalversammlung. Der Zentralrat nahm den Bericht der Sozialisierungskommission entgegen. Wie verschiedene Blätter melden, sieht die Regierung die Schaffung eines Arbeiterkammergesetzes vor. Zu diesem Zweck sind Vertreter der Eingefassten nach Berlin berufen worden.

### Finanzverhandlungen in der Schweiz.

WTB Bern, 30. Jan. (Draht.) Wie das B. L. berichtet, ist Unterstaatssekretär Fernstein zur Befehung von Finanzfragen nach der Schweiz abgereist.

### Ein Parlamentarier von den Polen ermordet.

Entrant Rogalla vom 14. Infanterie-Regiment, Sohn des Gemeindeführers in Schleienau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentarier mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrstoßen erschlagen worden. In schwerverletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubinzer Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Wie uns dazu mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Schwein“ noch am Leben sei.

### Zur Ernährungsfrage.

Berlin, 29. Jan. Die Tgl. Absh. schreibt zur Ernährungsfrage: In den nächsten Tagen ist —

wie wir hören — mit einer amtlichen Untersuchung über den Stand unserer Ernährungslage zu rechnen. In den Ausfahrungen wird mit allem Nachdruck auf den Ernst der Lage hingewiesen werden. Wir reichen mit unseren Vorräten bestenfalls bis Anfang Mai. Wir würden auch mit den Vorräten in diesem Jahre bis zur nächsten Ernte gerichtet haben, wenn die frühere Regierung weiter bestanden hätte und wenn nicht durch die Revolution ungeheure Vorräte durch Vernichtung oder Verwahrung zu Grunde gegangen wären. Aber nicht genug damit, daß unser Vorräte unzulänglich sind, auch die nächste Ernte wird ein unzureichendes Ergebnis haben. Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß es uns im nächsten Jahre erheblich an Acker mangeln wird. Die Acker werden dieses Jahr weniger Acker ergeben. Das liegt daran, weil bei ihrem Anbau weniger Stickstoff verwendet ist, das aber ist wieder eine Folge des Stilllegens der Stickstofffabriken, die infolge der durch die Ausstände der Bergarbeiter verursachten Kohlennot nicht arbeiten konnten. Die Kohlennot ist also auch die Ursache, daß wir im nächsten Jahre wenig oder gar keinen Acker haben werden.

### Ein polnisch-sozialdemokratisches Wahlbündnis.

Eine Ueberricht über das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung in Allenstein. Land förderte die auffällige Tatsache zutage, daß in Drischaffen mit starker polnischer Bevölkerung auffallend wenig Zentrumsstimmen und viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind. J. B. G. Verlung: Zentrum 104, Soz. 121; Orieleinen: Zentr. 142, Soz. 139; Hirschberg: Zentr. 14, Soz. 180; Zommendorf: Zentr. 108, Soz. 206; Kalborno: Zentr. 61, Soz. 204; Alt-Kaletha: Zentr. 6, Soz. 249; Kr. Kleberg: Zentr. 154, Soz. 130; Köslitzene: Zentr. 206, Soz. 149; Alt-Mertinsdorf: Zentr. 108, Soz. 140.

Diese Liste ist natürlich nicht vollständig und ließe sich noch bedeutend vermehren. Von selbst sieht man die Frage nach der Ursache dieser eigenartigen Erscheinung aufdrängen. Die Allensteiner „Volksliste“ vertritt das Gebotnis mit der Enthüllung, daß die Sozialdemokraten mit den Polen ein Uebereinkommen geschlossen hätten, worin die Polen Gebietsveränderungen zugesichert erhielten, wenn sie ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgeben würden. Darauf wurde dem Wlask ein Protest, unterzeichnet vom Volksgauschuß des 20. Armeekorps, zugeschildert, der unter Androhung eines dreitägigen Verbots an der Spitze des Wlaskes in Feldtrupp zweimal hintereinander erschienen sollte. Das Volk vermehrte sich gegen eine Handhabung der von der Regierung wiederholt zugesicherten Pressefreiheit, brachte aber den Protest an zwei Tagen, um während der Wahrheit nicht mundtot gemacht zu werden, und trat gleichzeitig den Beweis für seine Behauptung an, indem es einen Briefwechsel zwischen dem polnischen Wlaskrat in Allenstein und dem Allensteiner Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlichte, in dem ein Uebereinkommen getroffen wurde, wonach der Arbeiter- und Soldatenrat die Ansprüche der polnischen Regierung im Stadt- und Landkreis Allenstein anerkennt, während der tschechische Volksrat seine Anführer auffordert, ihre Stimme nur den Sozialdemokraten zu geben und alle Kräfte einzusetzen, der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Das Schriftstück ist datiert vom 12. Januar, trägt den Ausdruck „Soldatenrat Allenstein, „Vereinskommission“ und ist unterzeichnet: „Mit Parteigang der polnische Volksrat, im Auftrag des A. Tomchowski, und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Orielelle Allenstein, im Auftrag des polnischen A. Wlask.“ Der Soldatenrat Allenstein ist unabhängig sozialistisch gerichtet.

### Der Kulturkampf in den bayerischen Schulen.

TU München, 28. Jan. Das bayerische Kultusministerium erläßt zur Frage der Trennung von Schule und Kirche eine Verordnung, wonach gegen den Willen des Erziehungsberechtigten künftig ein Kind nicht mehr zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden kann. Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klassenlehrer abgegebenen Willenserklärung oder Klassenlehrer berechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Religions- und Gottesdienstunterricht entbunden. Die Schule darf, den lehrplanmäßigen Religionsunterricht ausgenommen, zur Erfüllung

von religiösen Pflichten keine disziplinarischen Zwangsmittel anwenden.

Sollte mikißlich der bayerische „Kultusminister“ Hoffmann auf weniger Widerstand stoßen, als sein Kollege und Namensvetter in Preußen? Die preußischen Schullehrer sind einseitig zurückgenommen oder als nicht zu Recht bestehend erklärt worden, in Bayern wagen die neuen Kulturträger es jetzt erst recht, den Kampf gegen die christliche Schule zu eröffnen. Sachlich ist zu bemerken, daß schon bisher kaum ein deutscher Bundesstaat so wehrherzig war in der Behandlung der Dissidentenkinder und des freireligiösen Unterrichts wie Bayern. Was jetzt geplant ist, geht natürlich direkt auf eine Entdriftlichung aller Schulen und Schulkinder hinaus. Der Proseß vollzieht sich in zwei Etappen:

1. Vollständige Freigabe des freireligiösen Unterrichts;
  2. Erniedrigung des Religionsunterrichts, der bisher als notwendiger Lehrgang in der Schöle anerkannt wurde, zum Privatfache nach der Maxime: „Religion ist Privatfache“.
- Die atheistischen Pädagogen Wyneken und Gurlik sind bereits auf der Reise in das bayerische Kultusministerium begriffen. Mit Recht klagt der „Bayerische Kurier“, daß diese Maßnahmen, verbunden mit dem neuen radikalen Lehrerrat, nach die Gemoltheit hervorbringen, mit der in den 70er Jahren der Schulkampf in Preußen geführt wurde.

**Heßische Landtagswahlen.**

**Darmstadt, 29. Jan.** An die Heßische Landtagsversammlung wurden am Sonntag gewählt: 30 Mehrheitsparteiisten, 1 Unabhängiger, 13 Zentrum (christliche Volkspartei), 13 Demokraten, 5 Volkspartei, 8 Deutsche Volkspartei.

**Mecklenburger Landtagswahlen.**

Die Mecklenburger Landtagswahlen, die am 27. Januar stattfanden, dürften eine bürgerliche Mehrheit ergeben.

**Die Sozialisierung in Baden.**

**Karlsruhe, 29. Jan.** Der Verfassungskonvent der bad. Nationalversammlung befaßt sich mit dem die Sozialisierung betreffenden Paragraphen des neuen badischen Verfassungsgesetzes. Der Paragraph erhält eine neue Fassung. Niemand kann gezwungen werden, sein Eigentum zu öffentlichen Zwecken abzugeben, als nach Entscheidung des Staatsministeriums und gegen Entschädigung. Die Höhe der Entschädigung bestimmen die Zivilgerichte. Ob und unter welchen Voraussetzungen Privatigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Allgemeinheit dem Eigentümer ganz oder teilweise entzogen werden kann, kann nur durch das Gesetz bestimmt werden.

**Ein Arbeitszwangsgesetz?**

**TU Berlin, 29. Jan.** Wie der L.-A. erfährt, schweben bei den zuständigen Stellen wegen Erlasses eines Gesetzes betr. die Einführung des Arbeitszwanges ernste Erwägungen.

**Oldenburg.**

**Gewerbe- und Handelstaz.**

**h. Oldenburg, 29. Januar.**

Der Einladungs des hiesigen Gewerbe- und Handelsvereins folgend, haben sich heute zahlreiche Damen und Herren aus allen Teilen des Landes in der „Union“ eingefunden, um das der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Der Vorsitzende des genannten Vereins, begrüßte die anwesenden Damen und Herren, Professor Dr. Duffhoffs, eingehend über die Frage der Gewerbe- und Handelsänderung in unserem Lande referierte. Redner wies darauf hin, daß diese wichtige Frage in der letzten Zeit in allen Kreisen unseres Landes lebhaft erörtert wurde. Oeffern habe man sich in einer Zusammenkunft damit beschäftigt und am 5. Februar finde in Berlin im Reichsamt eine Sitzung statt, zu der die Handelskammer eingeladen ist, und in der zu der Frage ebenfalls Stellung genommen werden solle. Redner ging dann näher auf die Frage ein, ob für uns der Anschluß an eine Republik Niederlandscher oder an eine westdeutsche Republik erwünscht sei. Kein objektives und nichters betrachtet, könne für Oldenburg der Anschluß an die Republik Niederlandscher deswegen nicht in Frage kommen, weil unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen dadurch sehr gefährdet würden. Nach Niederlandschen käme für uns ein Arbeitsgebiet nicht in Frage. Ganz anders aber lägen die Verhältnisse hinsichtlich der Errichtung einer Republik Westdeutlands, die aus Oldenburg, Ostfriesland, Westfalen, Rheinland bestünde. Seit langer Zeit bilde Rheinland-Westfalen ein wertvolles Arbeitsgebiet für die landwirtschaftlichen Produkte Oldenburgs. Eine Beziehung dorthin seien angeknüpft, und wir hätten gute Aussichten, in der Rohenerzeugung vorzuziehen haben zu werden. Oldenburg bestünde durch seine Hafen- und Flugplätze große Werte, die in die Waagschale fallen.

Diese Frage wurde in einer längeren Ansprache lebhaft besprochen. Sämtliche Redner sprachen sich über dahin aus, daß Oldenburg als selbständiger Staat bestehen bleiben und eine Grenzänderung nicht vorzunehmen werden soll. Eine entsprechende Entschließung wurde angenommen.

Zum Schluß wurde die Kandidatenfrage für die Wahl zur oldenburgischen Landesversammlung besprochen. Mittels wurde verlangt, daß Handel und Gewerbe sowohl in der Landesversammlung als auch im Landtage eine genügende Vertretung erhalten. Etwa 20 bis 30 Herren wurden für die Wahlen nachgeschickt. Sie sollen den politischen Parteien als Kandidaten empfohlen werden.

**Zu den Spartakus-Unruhen in Wilhelmshaven.**

**Wilhelmshaven, 29. Jan.** Heute wurden haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnämtern ihren Dienst wieder aufgenommen. Nachdem ihre Forderungen reslos vom 21er Rat angenommen worden sind. Der Anlaß zu dem Streik der Beamten war dadurch entstanden, daß der 2er Rat angeordnet hatte, am Sonntag auf den Postämtern die rote Flagge zu hissen und dazu noch halbtags. Die Beamten weigerten sich, in der roten Flagge Dienst zu tun. Am Montag morgen wurden sämtliche Postämter und der Bahnhof von Spartakisten besetzt. Hierauf stellten die Beamten folgende Forderungen auf: 1. Herabsetzung der Einmischung des Soldatenrates in die dienstliche Verhältnisse der Beamten, 2. Neuwahl und Erziehung des Soldatenrates (21er Rat) durch 7 Lägerliche, 7 Berufssoldaten und 7 Arbeiter. Auf den Postämtern hat die Reichsflagge zu verbleiben.

Die Bürger haben den Streik der Beamten mit großem Interesse verfolgt. Ihre Sympathie war auf Seiten der Beamten. Die Beamten haben gezeigt, welche große Macht sie haben. Der Streik der Postarbeiter ist hiergegen ein Kinderpiel. Gestern nachmittag begab sich ein bürgerlicher Demonstrationszug nach dem Offiziers-Kasino und forderte förmlich die Absetzung des Präsidenten Kuhnert. Er erschien am Fenster und sprach beruhigend auf die Menge ein. 3. Z. Schweben noch Verhandlungen wegen Zurücksetzung des Präsidenten Kuhnert.

Bei dem Feuergefecht mit den Spartakisten ist die Tausend-Mann-Kaserne an der Wallstraße arg demolirt worden.

**Ein Rückblick auf die Wahl am 19. Jan. in unserm Wahlkreise.**

Mit Genugtuung wollen wir nochmals feststellen, daß die Mitglieder und Freunde der Zentrumspartei am Wahltag vollauf ihre Pflicht gehoben. In einzelner Landgemeinde sind über 80 bis zu 98 Prozent der Stimmen für die Zentrumskandidaten abgegeben worden. Darin liegt die erfreuliche Anerkennung für die Parteileitung unseres Wahlkreises, daß sie bei der Aufstellung der Kandidatenliste dem Volkswillen Rechnung getragen hat. Andererseits wird dadurch den Zentrumswählern das glänzende Zeugnis ausgestellt, daß sie von dem Gefühl der Notwendigkeit unbedingt Parteidisziplin durchdrungen sind. Dem Zentrum ist seine Wählerkraft auch im Wahlkreis Oldenburg-Osnabrück-Zürich treu geblieben. Das wird von der Sozialdemokratie, die auch in unserm bombastischer Wahlbezirk fleißig gearbeitet hat, notgedrungen anerkannt. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Osnabrück wurde der Abgeordnete Jung von unserm Diskussionsredner darauf in die Enge getrieben, daß er sich am andern Tage zu dem Eingangsentscheid verhalten, im Wahlkreise kein Votum für die Sozialdemokratie. Auf dies Anerkenntnis können wir stolz sein.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß die Erfolge nicht erregend wären, wenn nicht so viel fleißige und opferfreudige Arbeit geleistet worden wäre. In jeder Gemeinde, in jeder kleinen Bauerwirtschaft wurden Versammlungen abgehalten. Bis in die kleinste und entlegenste Hütte regneten unsere Flugblätter und Wahlaufrufe. Mehr als 40 Damen und Herren hatten sich als Redner der Parteileitung zur Verfügung gestellt. Die großen Kosten des Wahlkampfes wurden durch Parteibeiträge und freiwillige Geldspenden aufgebracht. Die Gemeindevorstände haben durchweg sehr rege und erfolgreich gearbeitet. Wenn hier und da etwas übersehen worden ist, so ist es Sache der Gemeindevorstände, schon jetzt sich darüber klar zu werden, was in Zukunft zu geschehen hat. Wenn Mängel hervorgetreten sind in der örtlichen Organisation, Mängel bezüglich der rechtzeitigen und gleichmäßigen Verteilung der Flugblätter und Stimmzettel, Mängel bei der Herstellung vollständiger Wählerlisten, jetzt schon ist es an der Zeit, die Mängel abzustellen. Die Gemeindevorstände müssen jetzt schon zusammenzutreten. Jetzt ist die Erinnerung an den Wohltat noch frisch. Es darf nichts verachttet werden, um bei den noch bevorstehenden Wahlen (Landtags-, Gemeinderatswahlen) noch glänzendere Erfolge zu erzielen. Einen politischen Winter schlaf können wir uns nicht mehr leisten. Es geht uns an die Wahlen der kommenden Wahlen. Sie Sozialismus mit seinen atheistischen und kommunistischen Zielen — die christliche Demokratie. Diese Worte muß in den sich schon ankündigenden Wahlen nicht mehr noch als bisher jede verlässliche Kraft mobil machen, muß die Gemeindevorstände einfordern zu wachsam noch regerer Tätigkeit, muß jeden Mann und jede Frau ohne Ausnahme an die Wahlen bringen.

**Die Eisenbahnbindung**

hat bekanntlich im Wahlkreise Osnabrück-Zürich-Oldenburg einen Einfluß auf das Wahlergebnis nicht ausgeübt und würde ihn auch nicht ausüben haben, wenn sie unter den bürgerlichen Parteien in anderer Weise erfolgt wäre. Die Zahl der demokratischen Stimmen war zu erheblich, als daß durch eine engere Verbindung der übrigen bürgerlichen Listen ein anderes Ergebnis hätte herbeigeführt werden können. Die für das Zentrum, die Deutsch-nationale und die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-hannoverscher abgegebenen Stimmen betragen zusammen 229 343. Diese Zahl durch 4 teilt hätte 57 335 ergeben, wogegen die Zahl der Stimmen der demokratischen Volkspartei 131 284 betrug, demgemäß für den zweiten Kandidaten der Liste 65 642 Stimmen zu rechnen waren, also 337 Stimmen mehr als bei engerer Verbindung jener vier Listen gegenüberstünden.

Daß die drei Parteien, die dem Zentrum politisch am nächsten stehen, bei der Wahl so wenig günstig abschneiden würden, war aber im voraus nicht anzunehmen. Es hätte deshalb eine engere

Eisenbahnbindung nahe gelegen, wie sie z. B. im Nachbarwahlkreise Bremen-Hamburg-Stade festzustellen hat, wo zunächst Zentrum und Deutsch-hannoverscher, dann beide mit der Deutsch-nationalen Volkspartei und endlich diese drei mit der Deutschen Volkspartei die Listen verbunden hatten. Nicht ohne Interesse dürfte folgenden Zusammenstellung sein. Es entfielen an Stimmen

	Reichstagswahl 1912	Wahl 1919	Zunahme	vom Bundest
Dr. L. Wissp. (Z.)	52623	135097	+ 82574	+157
L. Wissp. (N.)	50395	68740	+ 18345	+ 36
Dem. V. (Freilist)	38142	131284	+ 63142	+166
Dr. L. Wissp. (Kon.)	17643	11801	- 5838	- 34
Deutsch-hannover.	7793	13704	+ 5911	+ 76
Sozialdemokraten	44881	172049	+127168	+274
Zusammen	201377	532675	+331298	+165

Also eine gewaltige Stimmzunahme bei den Sozialdemokraten, eine dem Durchschnitt entsprechende bei der demokratischen Volkspartei und fast genau entsprechend beim Zentrum, dagegen bei den Deutsch-hannoveranern eine noch unter der Hälfte, und bei der Deutschen Volkspartei sogar unter einem Viertel des Durchschnittes bleibende Zunahme, also ebenfalls ein erheblicher Rückgang der Stimmen und bei der Deutsch-nationalen Volkspartei sogar eine Verminderung der Stimmen trotz des Wachstums der Stimmenzahl um weit über das Doppelte. Im ganzen also eine starke Verschiebung nach links, von der nur die Sozialdemokraten Nutzen gezogen hat. Die Demokratische Volkspartei wird hauptsächlich frühere Nationalliberalen, das Zentrum frühere Deutsch-hannoveraner an sich gezogen und dadurch die Verluste an die Sozialdemokratie ausgeglichen haben, entgegen die übrigen drei Parteien ihren Verlust nicht auszugleichen vermochten.

Bei den kommenden Wahlen zur oldenburgischen Landesversammlung wird das Zentrum als Gegner in erster Linie die Sozialdemokraten und nicht gegen die Linksliberalen vom Schlage Langenheering sich gegenübersehen und deshalb eine Listenverbindung zunächst mit mehr konservativ gestimmten Rechtsliberalen und erst in zweiter Linie mit den Linksliberalen erstreben müssen, letzteres nach dem Grundpaß der Wahl des kleineren Übels.

**Stimme zur Landtagswahl.**

Bei der nur noch kurz bemessenen Frist bis zur Landtagswahl hat unsere Zentrumsozialisation noch gewaltige Arbeit zu leisten. Neben den Lehrern, die in Nr. 23 dieser Zeitung einen Vertreter ihrer Interessen wählten, verlangt auch der kleine Mann seine Vertretung im Landtag. Das Zentrum ist die Partei, die von jeder sich rühmen konnte, alle Berufsstände zu vertreten, so daß unseres Erachtens nicht so sehr eine Ständeververtretung in Frage kommt, als die Aufstellung von Kandidaten, die Gewähr dafür bieten, daß sie allen Wählern gerecht sind. Dazu bedarf es einer gründlichen Ausprache auch in den lokalen Institutionen der Organisation, damit von vornherein der Volkswille zum Ausdruck kommt und wir nicht wieder die Erfahrungen von 1911 nachholen müssen. Wir brauchen Männer, die voll und ganz auf dem Boden unserer Partei stehen. Es muß daher voranberein unmöglich sein, daß Männer auf die Kandidatenliste gestellt werden, die sich selbst 1911 in Gegensatz zu unserer Organisation setzen. Das Vertrauen des Volkes zur Zentrumsozialisation wird hierdurch untergraben.

**Was wird aus dem Oldenburg. Münsterlande?**

In der Presseerörterungen über diese Frage ist der Umstand auffällig, daß der Plan eines rheinisch-westfälischen Freistaats in Westfalen selbst bei weitem nicht die freundliche Zustimmung ausgedrückt hat, wie in den Rheinlanden. Es dürfte diese Zurückhaltung in allen bürgerlichen Gegenseiten, die zwischen diesen beiden Nachbarprovinzen bestanden haben, begründet sein. Erinnert sei nur an die bekannte Entschiedenheit der westfälischen Zentrumspartei, die jenen Pläne nur bedingt zustimmte. Sollten die Widerstände gegen die rheinisch-westfälische Republik in Westfalen unüberwindlich sein, so müßte m. E. der Plan zweier Freistaats an der rheinischen und der westfälischen Republik in uns Auge gefaßt werden. Auch der Entwurf zur neuen Reichsverfassung zeigt ausweislich der beigegebenen Denkschrift von der Begründung zweier Republiken in Westdeutschland aus. Gegen diesen Plan scheint mir nur das eine Verbotswort des großen rheinisch-westfälischen Industriezentrums zu sprechen. Darauf hat auch Geheimrat Hoffmann in dieser Zeitung bereits hingewiesen. Im übrigen könnte uns Oldenburg Münsterlandern eine solche Stimmung des Problems nur willkommen sein. Sie böse für uns erkennbar der großen rheinisch-westfälischen Republik sogar einige Vorteile. Die Landwirtschaft würde im Vergleich mit der Industrie in diesem Staatsgebilde ein größeres Heberverhältnis behaupten, wie denn überhaupt die Republik Westfalen mit den beiden Linne, dem Rheinern-Bezirk Osnabrück und dem Oldenburg Münsterland eine größere wirtschaftliche Geschlossenheit und Gleichartigkeit annehmen, als der rheinisch-westfälische Freistaat. Es verlohnt sich daher m. E., auch diese Möglichkeit der Fassung des in Rede stehenden Problems, die Prof. Dr. H. in seinem Aufsatz ganz übergeht, zur Debatte zu stellen.

**Eine Eisenbahnerversammlung.**

die außerordentlich stark besucht war, tagte am Dienstag abend im Gemeindefestsaal. Vorrednerin wurde allerseits, die Arbeit niedrigerlegen, falls nicht die Wilhelmshavener Eisenbahner bis Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen würden. Nach den Erklärungen der Ge-

werkschaftsführer und des Eisenbahndirektionspräsidenten, die die geforderten Lohnerhöhungen bestimmt in Aussicht stellten, wurde beschlossen, noch nicht in den Streik zu treten, sondern die Stellungnahme der Eisenbahndirektion bis Freitag abzuwarten. Am Freitag vormittag 9 Uhr findet die Sitzung statt, an welcher auch Vertreter der beiden Gewerkschaftsrichtungen teilnehmen.

**Oldenburgischer Landtag.**

**Oldenburg, 29. Januar.**

Der Landtag nahm heute in erster und zweiter Lesung die Vorlage betr. Änderung des Wahlgesetzes an. Inwieweit die Gegenstände betr. Errichtung von Sparkassen durch Gemeinden und betr. Abkürzung des juristischen Vorbereitungsstudiums für Kriegsteilnehmer. Ein selbständiger Antrag Schröder auf Bewilligung von 3000 Mk. für die Wiedereinrichtung einer Zeichenhalle wurde dem Finanzsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Anlage 57 bringt die Nachweisung der steuerlichen Belastung der Gemeinden des Herzogtums 1915/16.

**Eine erneute einmalige Kriegszulage**

an die preussischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie an die Lehrer an den Volksschulen und an den landwirtschaftlichen Wirtsschulen wird in Anlage 60 gefordert. Berechnung am Bezuge der Zulage sind die Beamten usw. die vom 1. Januar bis in den März 1919 im aktiven Dienste gewesen haben. Die Zulage beträgt 300 Mk. Sie steigt, wenn neben den Beamten mehr als eine Person zu berücksichtigen ist, um 50 Mark für jede weitere Person. Die Gesamtsumme betragen nach Anschlag der Regierung insgesamt 3 765 900 Mk. Davon entfallen 2 370 000 Mk auf die Eisenbahnbetriebskräfte.

**Ein Gehaltszuschlag für die Beamten.**

Folgender Entwurf wird in Anlage 61 dem Landtage zu:

1. Die im Vollstaatsdienst angestellten Beamten beziehen einen Gehaltszuschlag von jährlich 360 Mk. bei einer Höchstbesoldung von nicht mehr als 2850 Mk., 240 Mk. bei einer Höchstbesoldung von nicht mehr als 3500 Mk., 120 Mk. bei einer Höchstbesoldung von nicht mehr als 4200 Mk. Das Direktorium kann den Gehaltszuschlag aus besonderen Gründen ermäßigen oder weglassen lassen.
2. Im Gendarmeriekorps beziehen einen Gehaltszuschlag von jährlich 360 Mk. die Gendarmen, 240 Mk. die Beiratsführer, 120 Mk. der Stabswachtmeister.
3. Die Lehrer an den Volksschulen beziehen einen Gehaltszuschlag von jährlich 360 Mk., solange sie wirksam angestellt sind, 240 Mk., solange sie ohne die Besoldung eines Hauptlehrers ununterbrochen angestellt sind, 120 Mk., sobald sie die Besoldung von Hauptlehrern erhalten.

4. Die Zahlung des Gehaltszuschlages erfolgt nach den für das Gehalt erlassenen Bestimmungen aus derenienen Kasse, von der das Gehalt des Beziehlenden befreit wird. Der Gehaltszuschlag bildet keinen Teil der Besoldung.

5. Das Direktorium hat den im Staatsdienst ohne Ziviltaatsdienereigenschaft beschäftigten Angestellten Zulagen zu ihrer Veröstung im Betrag von jährlich 360 Mk. zu gewähren. Ansbahn- und Abwehrcorps im einzelnen fall zulässig.

6. Dies Gesetz hat rückwirkende Kraft vom 1. Februar 1919 an.

Die aus diesem Gesetz erwachsenden Kosten, die sehr beträchtlich sein werden, sind veranschlagungsmäßig noch nicht zu errechnen.

**Nus dem Oldenburgischen Münsterlande.**

**Westfa., 30. Jan.**

**Das neue Wahlgesetz für die verfassunggebende Oldenburgische Landesversammlung.**

Der Landtag hat den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wahlen für die verfassunggebende Oldenburgische Landesversammlung nebst einer Wahlordnung, angenommen. Dieser Entwurf schließt sich im wesentlichen dem Gesetz betreffend die Wahlen für die verfassunggebende preussische Landesversammlung und damit dem Reichswahlgesetz und der dazu erlassenen Wahlordnung an, jedoch weicht er in einigen wichtigen Punkten von ihm ab. Hier ist besonders zu erwähnen, daß in Oldenburg alle deutschen Männer und Frauen wählbar sind, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet und an diesem Tage seit mindestens einem Jahr ihren Wohnsitz im Freistaat Oldenburg haben, es sei denn, daß sie entmündigt sind, unter vorläufiger Vormundschaft stehen oder der bürgerlichen Ehrenrechte infolge rechtskräftigen Urteils ermangelt. In Preußen wird im Gegensatz hierzu für die Wählbarkeit die preussische Staatsangehörigkeit verlangt. Ferner fand für die preussischen Wahlen keine neue Auslegung der Wählerlisten statt und eine Erträgnisprüfung der Listen war nicht zulässig. Auch in Oldenburg ist mit Rücksicht auf eine möglichst große Gleichgültigkeit der Wahl von einer erneuten Auslegung der Wählerlisten Abstand genommen. Es kann jedoch eine Ergänzung der Listen vorgenommen werden, und zwar können:

1. Wählerberechtigte, die inzwischen in einen anderen Stimmbezirk verzogen sind, in die Wählerliste dieses Bezirkes übertragen,
2. Personen, welche die Wahlberechtigung inzwischen erlangt haben oder bis zum Wahl-



**Empfehle**  
**la verzinkt. Stachel-**  
**draht, Walzdraht**  
**und Krampen.**  
**H. Warnking,**  
 Holzhausen bei Wechta.

**Därme.**  
 Empfehle sämtliche Sorten  
 Därme, Franzdärme,  
 Mitteldärme, Papier-  
 därme.  
 Hof Vöge, Wechta.

Einen noch guten Willfär-  
 mantel und Soje zu lau-  
 fen gesucht.

Angebote unter 6. N.  
 100 an die Geschäftsst. d. V.

Kassiers von 500 M.  
 an bauern billige Ein-  
 gänge. (Sont. u. Mietz).  
 Für Wirte Mustauto-  
 mat billig.

Hau, Bremen, Mühlent-  
 straße 5 Planohldg. Nähe  
 Bahnhof, Haltef. Dob-  
 ben-Hafen.

Saß große Posten

**Ia. Schmier-**  
**seife,**

Wirklich gute, fettige  
 Ware, in Fässern von  
 ca. 100 Pfd. Inhalt ab-  
 gegeben. Preis M. 275  
 ab Berlin. Verlangen  
 Sie Probe.

Wiß, Reinecke, Dörmel-  
 horst, Bahnhofstraße 5.

**Veckta,**  
 Burgstraße 11  
 Reparatur-Werkstatt  
 für alle Arten  
**Wand- und**  
**Werk-Uhren.**

**Schirme**  
 werden prompt und billig  
 repariert bei

Zoh. Kiese, Dinklage,  
 Neustadt 24.

Möchte gern an  
**Bürgerl. Mittag-u.**  
**Abendtisch**

gegen Bezahlung teil-  
 nehmen. Angebote mit  
 Preisangabe unt. D. N.  
 65 an die Geschäftsstelle  
 dieses Blattes erbeten.

Eine gute

**Feuer**

gefrucht, Süße kann geleistet  
 werden.  
 Nachfragen in der Ge-  
 schäftsstelle dieses Blattes.

Eine tragende

**Sau,**

innerhalb 14 Tagen fer-  
 keld, hat zu verkaufen  
 Signer S. Made,  
 Hausstelle.

In der Nähe von Bahnh-  
 of Goldenhölz Geld ge-  
 funden.

Heinrich Wämann,  
 Amberg.

**Achtung!**  
 Zahl für

Kaninchen bis 3.30 M.,  
 Hühner . . . 4.50 M.,  
 Enten . . . 4.70 M.,  
 pro Pfd. Lebendgewicht.  
 Frz. Suerdick, Wechta.

**Holz-Verkauf.**

Am Freitag, dem 31. Januar,  
 wird Kaufmann G. Bergmann jr. in seinem Fuhrren-  
 lampe am Gemeindefeld nach Goldorf am Harpen-  
 dorfer Esch, 20 Min. von der Harpendorfer Chaussee

**150 bis 200 Haufen Tannen-**  
**Durchforstungsholz,**  
**Nadelholz und Brennholz**

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
 Käufer wollen sich am Fuhrrenlampen versammeln.  
 Der Verkauf findet pünktlich um 1 Uhr mittags  
 statt. Käufer laden freundlichst ein

Steinfeld.

H. Dorado.

**Sümereien,**

Weißbrot 100 gr. M. 10.  
 10 — Weizenbrot 100 gr. M. 40.  
 100 gr. M. 2.50. Gekörnt  
 100 gr. M. 10. — Gur-  
 ken 100 gr. M. 9. —  
 sofort zu verkaufen, auch  
 größere Posten.

Kamkeit, Treppen,  
 Gießelstraße 126.

**Karbid**

(Marschen) gebe billigst  
 ab. Für Wiederverkäufer  
 empfehle ganze Tonnen  
 reichlich 100 kg.

Kathmann, Carlvoeslage

**Erste Strumpf-**  
**Reparatur-Anstalt**

hier am Platze.

**Geschw. Hegeles,**

Wienstraße 58.

Schnellste Vdienung.

Zorgfältigste Materialaus-  
 wählung.

Das Erbe weghären  
 aus dem Graben und  
 Anmerkungen des Veres  
 ist verboten. Der Täter  
 wird zur Anzeige ge-  
 bracht.

Colona gr. Schürmann,  
 Goldorf.

Aus dem Feide zurück-  
 geleiteter Kaufmann, aus  
 dem Döb. Mühlentstr. 30  
 Jahre alt, mit Ver-  
 mögen (eigene Geschäft u.  
 Wohnung) sucht die Be-  
 wohnung einer neuen,  
 lebenslustigen Same von  
 20 bis 30 Jahren zwecks  
 späterer

**Heirat.**

Nur ernstgemeinte An-  
 gebote mit Bild erbeten  
 unter M. 200 an die Ge-  
 schäftsstelle dieses Bl.  
 Strengste Verschwiegen-  
 heit zugesichert.

Wormund lücht für sein  
 Mündel (13-jähriger kräfti-  
 ger Junge, kath.) für  
 sofort Stellung auf dem  
 Lande. Angebote an  
 Clemens Nimm, Dörmel-  
 horst, D., Bismarck-  
 straße 11.

Cesucht zum 1. Mai ein

**Lehrling.**

Franz Kante,  
 Schmiedemeister,  
 Langewege bei Dinklage.

Cesucht zum 1. Mai 1919  
 für Dell. Haushalt in  
 Lohne ein propäres

**Zweit-Wädchen.**

Zu ertrag. beim Ardele-  
 nachweis in Lohne und  
 Wechta.

Landesarbeitsnachweis,  
 Geschäftsstelle Lohne.

Cesucht auf sofort einen

**Schmiedelehrling.**

Schmiedemeister  
 Karl Kreyenborg-Vahm

Cesucht auf sofort tücht

Schuhmachergehilfen ge-  
 gen hohen Lohn. (22  
 Landesarbeitsnachweis  
 Geschäftsstelle Wechta.

Cesucht zu Ende Febr.

in Lohne

**möbl. Wohn- und**  
**Schlafzimmer,**

abent. mit Verpflegung.  
 Angeb. mit Preisangabe  
 an Wegner Feinr. Raiffe  
 in Lütten.

**Kath. Gesellenverein Dinklage.**

Am 2., 5., 9. Februar, abends pünktlich  
 7 Uhr, gelangt im Saale des Herrn Brebeck  
 zur Ausführung:

**„Lucius“**

Drama in 5 Acten von W. Humpert.

Preise der Plätze: 1. Platz 2.00 M., 2.  
 Platz 1.00 M. Mitglieder und Ehrenmit-  
 glieder brauchen nur halbe Preise zu zahlen.  
 Karten im Vorverkauf beim Leiter G.  
 Hingefort, Schlosser, und im Gesellenhause.  
 Gönner und Freunde des ehrbaren Hand-  
 werks laden freundlichst ein

Der Vorstand.

**Vorstand der Brandlösser-Verwaltung.**

Odenburg, den 25. Januar 1919

Teuersten Gebäuden Eigentümer, die im Laufe  
 dieses Jahres Abgabepflicht auf ihren Gebäuden nach  
 Anweisung der Brandlösserverwaltung, die also  
 das erforderliche Material zu Einkaufspreisen liefern  
 wird, anlegen wollen, werden aufgefordert, ihren  
 Antrag bis zum 1. März d. J. einzureichen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach  
 § 61 des Brandlössergesetzes für alle Gebäude, welche  
 in die nach Bonart und Lage gebildeten Klassen 3  
 und 4 fallen, sich der Gesamtzuschlag um 40 Pfd.  
 für jede 1000 Ml. Versicherungssumme ermäßigt,  
 wenn die Gebäude mit einer ordnungsmäßigen Ab-  
 ableitungsanlage versehen sind.

Ferner wird noch darauf hingewiesen, daß zur  
 Anlage von Abableitern an schwach Bemittelte Ge-  
 hülfen aus der Brandlösser-Gewähr werden können.  
 Wilms.

**200 Mark erhält derjenige,**

welcher mir den Täter, der mir in letzter Wechta  
 aus dem Mühlentstr. am Bahnhof ein Duantum  
 Mehl entwendet hat, so angibt, daß seine  
 Bestrafung erfolgen kann.

**Dinklage. H. Wehebrink.**

**Gemeinde Wechta, Dylke, Lutt u.**

Die Landeslotteriestelle beschäftigt Anbau-  
 verträge auf Frühkartoffeln abzuschließen und  
 liefert pro Scheffel 1 Zentner Ammoniak.  
 Nähere Bedingungen sind beim Unterzeichneten  
 einzusehen und haben Anmeldungen sofort zu er-  
 folgen.

**Wechta. D. Schröder.**

**Ne. 11 Achtet auf**

**Spartakus!**

Der Bremer Volkshewismus beehrt sich aus. Die  
 Städte Wilhelmshaven und Axel sind von den  
 Spartakisten besetzt und vollkommen von der Um-  
 welt abgeschnitten worden.  
 Die Gefahr für uns alle rückt näher!  
 Nehmt ihr's den gemeinsamen Feind zu erkennen.  
 Sein Ziel ist offensichtlich: unser Untergang.

**Bund für Volksaufklärung.**

**Roggen-Abnahme auf Bahnhof**

**Tangförden am Montag, 3. Febr.,**

vormittags von 8 Uhr an.

Josef Vaste.

**Holzschuhe**

Buchen, garantiert schlechtest, hohe Form, in  
 den gangbaren Männer- und Frauenhöhen  
 1.00 M pro Paar. Schloßverkaufspreis 7.35 M  
 pro Paar. Kalkulation (große Wohnleistung)  
 sortiert in den gangbarsten Größen Herren- und  
 Frauenhöhen zu 75. — M franko nur gegen vor-  
 herige Einzahlung des Betrages. Bei Nicht-  
 gefalle garantieren wir bereitwillige Zurück-  
 nahme und Rückzahlung des Betrages. Am  
 genaue Adresse und für Befehlsangaben Angabe  
 der Oberpoststation wird erbeten. Garantie für gute  
 Ankunft. Versand kostenfrei.

Holzsch.-Fabrik Mimbach  
 (Weinpfalz).

**Holz-Verkauf.**

Am Mittwoch, dem 5. Febr. 1919,  
 nachmittags 1 Uhr anfangend,  
 läßt die Berggenossenschaft Lohr  
**8 Stämme Eichen-Nußholz u.**  
**100 Nummern Föhren,**  
 schwere Balken, Sparren und Latzenholz,  
 öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
 Anfang bei O. Sommer in Lohr.

**Goldensiedl. D. Scheele.**

**Knaben-Bekleidung.**

**Blaue Anzüge**

in

besten Qualitäten.

**M. Schulmann,**

Odenburg, Achtenstr. 38.

Achtenstr. 38, Odenburg, Achtenstr. 38.

**Achtung!**

Zu der am Sonntag, dem 2. Febr.,  
 nachm. 3 Uhr, im Gesellenhause zu  
 Wechta stattfindenden Versammlung  
 der Genossenschaft der Bau- u. Möbel-  
 tüchtler zu Wechta werden alle Mit-  
 glieder freundlichst eingeladen.

Tagesordnung wird in der Versammlung  
 bekannt gegeben.

**Schuhe**

Hauschuhe, ohne Zugstreifen, dauerhafte  
 Verarbeitung, mit erster Lederrippe pro Paar  
 7.20 M freie Einzahlung. Lieferung nur gegen  
 vorherige Einzahlung des Betrages. Bei Nicht-  
 gefalle garantieren wir bereitwillige Zurück-  
 nahme und Rückzahlung des Betrages. Am  
 genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer  
 wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Ver-  
 sand kostenfrei.

Schuhwaren-Fabrik Mimbach  
 (Weinpfalz).

**Landwirtsch. Verein Steinfeld.**

Veranstaltung am Sonntag, 2. Februar,  
 nachm. 4.30 Uhr, in Deters Gasthause in Steinfeld.

Tagesordnung:

1. Landwirtschaft und Schulzoll. Ref. Herr  
 Landwirtschaftslehrer Kruse, Lehmden.  
 2. Bewässerung und Verwendung des Kunstdüng-  
 ers. Ref.: Herr Landwirtschaftslehrer Bro-  
 kamp, Steinfeld.  
 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Landkrankenkasse**

**des Amtsbezirks Wechta.**

Die Geschäftsräume der Landkrankenkasse  
 befinden sich vom 1. Februar d. J. an bei  
 Odenburgerstraße Nr. 55.  
 Der Vorsitzende: Auerdam.

**Verein zur Vermittlung von Dienst-**  
**boten für Stadt und Land.**

Im Interesse der Demobilisierung und zur  
 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bitten wir die  
 wertigen Mitglieder, die offenen Stellen möglichst  
 bald unsern Arbeitsnachweisen in Wechta, Burg-  
 straße 4, oder Bremen, Neustadtstraße 26, aus-  
 geben zu wollen, damit die Stelleninhaber mög-  
 lichst schnell untergebracht werden können.  
 Der Vorstand: J. V.: Nichtenlein.

**Hans Gräf, Photograph,**

Wechta i. D., Große Straße 68.  
 Aufnahmen in meiner Wohnung vorläufig Montag,  
 Mittwoch, Freitag u. Sonntag vorm. 10 bis nachm.  
 3 Uhr, außerhalb jederzeit ohne Preiszuschlag.  
 Vergrößerungen. — Heimaufnahmen.  
 Festigung von Amateur-Verarbeiten.

**Zahnleidende!**

Jähne werden schmerzlos unter langjäh-  
 riger Garantie naturgetreu eingeseht. Plom-  
 ben in Gold, Porzellan, Amalgam u. Koll  
 schmerzloses Zahnziehen mittels lokaler An-  
 ästhesie, Nervöden, Zahnreinigung u. Errech-  
 tungen täglich von 8—1 Uhr, 2—7 Uhr,  
 auch Sonntags.

**H. Loewenstein, Zahnarzt,**

Odenburg i. Gr., Bahnhofstraße 151.  
 Eingang Blumenstraße. Telefon 1456.

Im allernächster Nähe des Bahnhofs.

NB. Für Auswärtige: Anfertigung künst-  
 licher Jähne in kürzester Zeit.

**Holz-Verkauf.**

Am Mittwoch, dem 5. Febr. 1919,  
 nachmittags 1 Uhr anfangend,  
 läßt die Berggenossenschaft Lohr  
**8 Stämme Eichen-Nußholz u.**  
**100 Nummern Föhren,**  
 schwere Balken, Sparren und Latzenholz,  
 öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.  
 Anfang bei O. Sommer in Lohr.

**Goldensiedl. D. Scheele.**

**Knaben-Bekleidung.**

**Blaue Anzüge**

in

besten Qualitäten.

**M. Schulmann,**

Odenburg, Achtenstr. 38.

Achtenstr. 38, Odenburg, Achtenstr. 38.

**Achtung!**

Im Amtsbezirk Cloppenburg soll in den näch-  
 sten Monaten mit der Herstellung eines Leihungs-  
 nehmes zum Anschluß an eine Niederlandzentrale  
 begonnen werden.

Für die Verarbeitung eines Entwurfs des  
 Leihungsnehmes und aller mit der Abklärung aus-  
 baueingehenden Arbeiten und für die Bau-  
 stausführung wird mit Antritt zum 15. Febr. d. J.  
 ein **Elektrotechniker**

gesucht, dem bei Bewährung auch die spätere  
 Betriebsbeaufichtigung als Dauerstellung über-  
 tragen werden kann.

Bewerber wollen Lebenslauf, Gehaltsansprüche  
 und Zeugnisse bis zum 10. Februar dem Unter-  
 zeichneten einreichen.

Cloppenburg, den 29. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Amtsvorstandes:  
 In Vertretung:

gez. Dr. Willers, Regierungsdirektor.

**Todes-Anzeige.**



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,  
 heute abend 7 1/2 Uhr unsere liebe Tante und  
 Großtante, Fräulein

**Katharina Eilers**

nach längerem Leiden, wohl vorbereitet durch  
 einen echt christlich-frommen Lebenswandel  
 und geküßt durch den Empfang der heil.  
 Sterbsakramente, im 81. Lebensjahre zu sich  
 in ein besseres Jenseits abzurufen.

Dies allen Verwandten und Bekannten  
 zur Nachricht mit der Bitte, der lieben Ver-  
 storbenen im Gebete zu gedenken.

**Die trauernden Angehörigen.**

Thälstedt b. Wildeshausen, 28. Jan. 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, dem  
 3. Februar 1919, vorm. 9 Uhr in Wildes-  
 hausen statt, wozu Verwandte und Bekannte  
 eingeladen werden.

**Todes-Anzeige.**



Es hat dem lieben Gott gefallen, heute  
 morgen meine liebe Frau, unsere treueren  
 gende Mutter, unsere gute Schwieger, die  
 Ehefrau Pächter

**Jos. Morthorst**

Katharina geb. Baummann

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Sie starb nach kurzer, heftiger Krankheit,  
 versehen mit den hl. Sterbsakramenten, nach  
 einem christlich-frommen Lebenswandel, im  
 Alter von 50 Jahren.

Um ein frommes Gebet für die liebe Ver-  
 storbene bitten

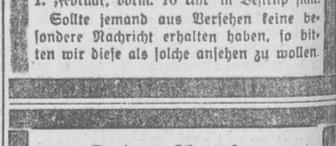
**Die trauernden Angehörigen.**

Hausstelle, Dörmelhorst, Harpendorf, Harst,  
 den 28. Januar, 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem  
 1. Februar, vorm. 10 Uhr in Bestim. statt.

Sollte jemand aus Versehen keine be-  
 sondere Nachricht erhalten haben, so bit-  
 ten wir diese als solche anzusehen zu wollen.

**Todes-Anzeige.**



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,  
 heute mittag 1 Uhr unsere liebe Mutter,  
 Schwiegermutter, Großmutter und Tante,  
 die Ehefrau

**Ww. Anton Sandmann**

geb. Jahlamp

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie  
 starb nach kurzer Krankheit, versehen mit  
 den hl. Sterbsakramenten, im 78. Lebens-  
 jahre.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe  
 Verstorbene bitten

**Die trauernden Angehörigen.**

Ehrendorf bei Lohne und Brägel bei  
 Lohne, 28. Jan. 1919.

Die Beerdigung findet statt am Samst-  
 tag, dem 1. Februar in Lohne, morgens  
 10 Uhr, wozu Verwandte und Bekannte  
 eingeladen werden.

Soll: jemand aus Versehen keine be-  
 sondere Nachricht erhalten haben, so bit-  
 ten wir diese als solche anzusehen zu wollen.

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Teilnahme bei der  
 Gedächtnisfeier unseres lieben Sohnes  
 sprechen wir auf diesem Wege unsern  
 herzlichsten Dank.

Familie Kennemeg, Warendorf.

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Teilnahme bei der  
 Gedächtnisfeier unseres lieben Sohnes  
 sprechen wir auf diesem Wege unsern  
 herzlichsten Dank.

Familie Kennemeg, Warendorf.

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Teilnahme bei der  
 Gedächtnisfeier unseres lieben Sohnes  
 sprechen wir auf diesem Wege unsern  
 herzlichsten Dank.

Familie Kennemeg, Warendorf.

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Teilnahme bei der  
 Gedächtnisfeier unseres lieben Sohnes  
 sprechen wir auf diesem Wege unsern  
 herzlichsten Dank.

Familie Kennemeg, Warendorf.

**Danksagung.</**